

Beate Klarsfeld gibt nicht auf

Sollte Kritikerin Kiesingers aus der SPD ausgeschlossen werden?

Drahtbericht unseres Mitarbeiters

WIESBADEN, 7. Dezember. Beate Klarsfeld, die 28 Jahre alte West-Berlinerin, die im September wegen ihrer Kritik an Bundeskanzler Kiesinger als Sekretärin des Deutsch-Französischen Jugendwerks in Paris strafweise und fristlos entlassen wurde, will nicht aufgeben. Vor einem Pariser Friedensrichter beginnt am 18. Dezember der Prozeß, den Frau Klarsfeld gegen das Deutsch-Französische Jugendwerk anstrenge. Ihr Rechtsbeistand ist Gaston Maurice, Anwalt der Fédération de la Gauche.

Ihre Kritik an Kiesinger, den sie in der Presse als einen Mann bezeichnet hatte, der es verstanden habe, „sowohl in den Reihen der Braunhemden als auch der CDU guten Ruf zu haben“, hält die junge Berlinerin aufrecht. Sie hat inzwischen in französischer Sprache eine Dokumentation über Kiesingers Vergangenheit als NSDAP-Mitglied, als stellvertretender Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des Reichsaußenministeriums und als Mitarbeiter der Deutschen Auslandsrundfunkgesellschaft „Interradio“ herausgegeben und in Frankreich und in der Bundesrepublik verbreitet. Außerdem veröffentlichte sie eine Broschüre über ihren Streitfall mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk.

Enttäuscht äußert sich Frau Klarsfeld über das Kuratorium des Deutsch-Französischen Jugendwerks und über einige Kreise in der SPD. Die Mehrheit der von deutschen und französischen Behörden und Organisationen entsandten 20 Delegierten in dem Kuratorium hatten der Haltung des französischen DFJW-Generalsekretärs Altmayer zugestimmt, der die Entlassung Frau Klarsfelds verfügt hatte. In der SPD, so berichtet die Sozialdemokratin Klarsfeld, seien Stimmen laut geworden, die ihren Parteiausschluß forderten. Daher habe sie jetzt Bundesjustizminister Heinemann (SPD) und seinem Staatssekretär Ehmke (SPD) die Unterlagen über ihren Fall zugesandt und um eine Stellungnahme gebeten.

Die in den Statuten des Deutsch-Französischen Jugendwerks vorgesehene Schiedskommission ist von der ehemaligen DFJW-Sekretärin nicht angerufen worden. Beate Klarsfeld gibt als Grund dafür an, die zweiköpfige Kommission sei von deutscher Seite mit dem Präsidenten des Verwaltungsgereichtshofes Baden-Württemberg, Walter Hailer, besetzt, der am 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten und somit für eine Verhandlung nicht akzeptabel sei.